

Reader zur Konferenz für praktische Kritik 2019

DEMOKRATIE

Herausgegeben von
Markus Gönitzer und Leo Kühberger

Lektorat: Franz Dworschak

Zur Konferenz für praktische Kritik

Tag für Tag verwenden wir Begriffe, die so gebräuchlich und so sehr Teil des Alltagsverstands sind, dass wir uns meist gar nicht über deren eigentliche Bedeutung, ihre Geschichte und ihre verschiedenen Formen verständigen. Die Konferenz für praktische Kritik soll eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit diesen Begriffen und Konzepten ermöglichen und vor allem Raum für die Kritik und die Diskussion von Alternativen bieten.

Zur Konferenz 2019: "Demokratie"

Dieses Jahr geht es um die Demokratie, denn diese ist, so heißt es, in der Krise. In vielen Ländern, auch der Europäischen Union, werden demokratische Standards abgebaut und nicht wenige wünschen sich "einen starken Mann", der die Dinge regeln soll. Aber die bürgerliche Demokratie wird von vielen auch als unzureichend betrachtet, weil zentrale gesellschaftliche Bereiche der demokratischen Willensbildung entzogen sind und die starken repräsentativen Elemente einer anti-demokratischen Dynamik Vorschub leisten. In der "Konferenz zur praktischen Kritik 2019" werden wir uns mit der von Kämpfen und Widersprüchen gekennzeichneten Entstehung der bürgerlichen Demokratie und der Kritik an eben dieser beschäftigen. Darüber hinaus machen wir uns auf die Suche nach anderen Formen der Demokratie, die es historisch gegeben hat und aktuell wieder gibt, und ergründen dabei, warum diese alternativen Ansätze sich nicht durchsetzen konnten und fragen kritisch danach, welche Ansätze wert sind wieder aufgegriffen oder weiterentwickelt zu werden, um die Demokratisierung der Gesellschaft voranzutreiben.

Zum Reader

Dieser Reader soll die Möglichkeit bieten sich schon im Vorfeld der Konferenz, die vom 29. bis 31. März 2019 im "Forum Stadtpark" stattfinden wird, mit den dort diskutierten Inhalten auseinanderzusetzen. Es ist natürlich kein "Muss" das zu tun. Die hier versammelten Interviews sollen bloß den Einstieg in die Konferenz erleichtern...

Programm

Freitag, 29.3.

18:00 - 19:30	Alex Demirović	<i>Demokratie. Zwischen Krise, autoritärer Wende und gesellschaftlicher Transformation</i>
19:30-20:00		<i>Pause</i>
20:00 - 21:00		<i>Fragen und Antworten zum Eröffnungsvortrag</i>

Samstag, 30.3.

9:00-10:00		<i>Ankommen und Kaffee</i>
10:00 - 12:00	Stefanie Wöhl	<i>Demokratie in der Krise? Eine feministische Perspektive</i>
12:00-13:00		<i>Pause und Mittagessen</i>
13:00 - 15:00	Katharina Morawek	<i>Urban Citizenship und die Demokratisierung der Demokratie</i>
15:00-16:00		<i>Pause</i>
16:00 - 18:00	Anna Leder, Eva Schörkhuber, Mario Memoli	<i>Alle Macht den Ideen! Zur Geschichte, Theorie und Aktualität der Räte-demokratie</i>
18:00-20:00		<i>Gemeinsames Abendessen</i>

Sonntag, 31.3.

10:00-11:00		<i>Ankommen und Kaffee</i>
11:00 - 13:00	Anke Strüver	<i>Politik auf der Straße. Die spanischen Munizipalisten</i>
13:00-14:00		<i>Pause und Mittagessen</i>
14:00 - 16:00	Anselm Schindler	<i>Rojava. Demokratie ohne Staat?</i>
16:00 - 18:00		<i>Wrap Up – Zusammenführung / Verabredungen / Vernetzung</i>

Alle Veranstaltungen finden im
"Forum Stadtpark" (Stadtpark 1, 8010 Graz) statt.

Aktuelle Infos unter: <http://konferenzimforum.at>

Referent*innen

Alex Demirović (Frankfurt am Main/DE) ist Senior Fellow der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied der Redaktionen von PROKLA (2018 Wechsel in den Redaktionsbeirat) und LuXemburg. Arbeitsschwerpunkte: Demokratie- und Staatstheorie, kritische Theorie der Gesellschaft, Intellektuelle, Bildung und Wissen. Letzte Veröffentlichungen: Hrsg. von "Transformation der Demokratie – demokratische Transformation" (Münster 2016) und zusammen mit Mario Candeias von "Europe, what's left? Die europäische Union zwischen Zerfall, Autoritarismus und demokratischer Erneuerung" (Münster 2017) und "Wirtschaftsdemokratie neu denken" (Münster 2018).

Anna Leder (Wien/AUT) Anna Leder lebt und arbeitet in Wien, basisgewerkschaftlich aktiv, arbeitet derzeit an einem (Papiertheater)projekt zu 100 Jahren Rätebewegung. Letzte Veröffentlichung: Mitherausgeberin von "Die Rätebewegung in Österreich. Von sozialer Notwehr zur konkreten Utopie" (Wien 2019).

Mario Memoli (Wien/AUT) ist Aktivist und forscht zur Geschichte der Bewegungen von unten. Letzte Veröffentlichung: Mitherausgeber von "Die Rätebewegung in Österreich. Von sozialer Notwehr zur konkreten Utopie" (Wien 2019).

Katharina Morawek (Zürich/SUI) war bis 2017 künstlerische Leiterin der Shedhalle Zürich, wo sie „Die ganze Welt in Zürich“, ein Projekt zu Urban Citizenship, realisierte. Sie ist Vorstandsmitglied bei INES – Institut Neue Schweiz, einem postmigrantischen Think und Act Tank, der sich für Demokratisierung in der Schweizer Einwanderungsgesellschaft Schweiz einsetzt. Zuletzt erschien „Urban Citizenship. Zur Demokratisierung der Demokratie“ (gemeinsam mit Martin Krenn) im Verlag für moderne Kunst (Wien 2017). Derzeit leitet sie u.a. ein Projekt zu institutioneller Öffnung im Kulturbereich.

Anselm Schindler (München/DE), ist freier Journalist und Aktivist. Er schreibt u.a. für die taz, analyse & kritik, junge Welt und neues deutschland. Arbeitsschwerpunkte: Geopolitik im Nahen Osten, kurdische Bewegung, soziale und ökologische Transformationen in Rojava. Letzte Veröffentlichung: "Die Strategie der Rose. Kurdistan und der Krieg um Westasien" (Münster 2018).

Eva Schörkhuber (Wien/AUT) arbeitet als freie Autorin, Dramaturgin und Lehrbeauftragte. Letzte Veröffentlichung: Mitherausgeberin von "Warum feiern. Beiträge zu 100 Jahren Frauenwahlrecht" (Wien 2018) und "Nachricht an den Großen Bären" (Wien 2017)

Anke Strüver (Graz/AUT) ist Professorin für Humangeographie mit Schwerpunkt Stadtforschung an der Karl-Franzens-Universität Graz. Sie beschäftigt sich den Wechselwirkungen zwischen Raumproduktionen und Gesellschaftsprozessen – v.a. auf der Mikroebene in urbanen Kontexten. Neben grundlegenden gesellschaftstheoretischen und –politischen Überlegungen gehört dazu aktuell die kritische Durchleuchtung der Steuerung und Kontrolle urbanen Lebens durch digitalisierte Infrastrukturen. Letzte Veröffentlichungen: Mitherausgeberin von: "Smart City – Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten" (Bielefeld 2018) und "Handbuch kritische Stadtgeographie" 3. Auflage (Münster 2018).

Stefanie Wöhl (Wien/AUT)) ist Professorin an der Fachhochschule des BFI Wien. Arbeitsschwerpunkte: Transformation von Staatlichkeit und Demokratie in der Europäischen Union sowie Internationale Politische Ökonomie und Geschlechterverhältnisse. Letzte Veröffentlichung: Mitherausgeberin von "Feminismus und Marxismus" (Weinheim 2018). In Kürze erscheint im Springer Verlag das von ihr mit herausgegebene Buch "The State of the European Union. Fault Lines in European Integration", das die europäische Ökonomie und Phänomene wie Rechtspopulismus und -extremismus in Europa im Zusammenhang betrachtet.

Inhaltsverzeichnis

Alex Demirović
Demokratie. Zwischen Krise, autoritärer Wende und gesellschaftlicher
Transformation
Seite 8

⇔

Stefanie Wöhl
Demokratie in der Krise? Eine feministische Perspektive
Seite 15

⇔

Katharina Morawek
Urban Citizenship und die Demokratisierung der Demokratie
Seite 21

⇔

Anna Leder, Eva Schörkhuber, Mario Memoli
Alle Macht den Ideen! Zur Geschichte, Theorie und Aktualität der
Rätedemokratie
Seite 26

⇔

Anke Strüver
Politik auf der Straße. Die spanischen Munizipalisten
Seite 30

⇔

Anselm Schindler
Rojava. Demokratie ohne Staat?
Seite 35

Alex Demirović
Demokratie. Zwischen Krise, autoritärer Wende und
gesellschaftlicher Transformation

Für die "Konferenz für praktische Kritik" wählen wir jedes Jahr Begriffe, die zwar zentral für die politische Auseinandersetzung sind, zugleich aber selten eingehend auf ihre wesentlichen Bedeutungen geprüft werden. Daher möchte ich auch ganz grundsätzlich beginnen. Was ist Demokratie? Woher kommt sie historisch? Welche verschiedenen Begriffe von Demokratie lassen sich ausmachen?

Demokratie ist ein Begriff, der auf die griechischen Stadtstaaten in der Antike zurückgeht. Es war eine Verfassungs- und Regierungsform, die im Unterschied zur Herrschaft einer Person (Monarchie) oder einer Gruppe von Menschen (Oligarchie: gemeint sind die Reichen und Besten) die Herrschaft aller freien Bürger ermöglichte. Damit konnten sich also auch die Handwerker, die Einfachen, die Armen an den gemeinsamen, die Stadt betreffenden Entscheidungen beteiligen. Ausgeschlossen waren wie heute diejenigen, die mit ihrer Arbeit zwar zum Gesellschaftlichen beitrugen, aber keine Bürgerrechte genossen. Von den prominenten Philosophen wie Platon und Aristoteles wird die Demokratie abgelehnt; und dies aufgrund von Erfahrungen, die wir heute ebenfalls machen: dass vor allem die einfachen Leute, die sich mit den politischen Geschäften nicht so richtig auskennen, benutzt werden von Reichen, die jene mit Demagogie und Geld zu gewinnen und zu instrumentalisieren versuchen. Die Selbstbestimmung und Gestaltungsfähigkeit der Unteren spielte keine Rolle. Dem Volk wurde misstraut – und dies gilt noch bis zu den frühbürgerlichen

Denkern wie Rousseau oder den Liberalen bis ins 20. Jahrhundert. Sie hielten Demokratie für unmöglich. Mit der Französischen Revolution und den Revolutionen im Laufe des 19. Jahrhunderts änderte sich das. Nun forderten die Menschen, dass sie an der Gestaltung des Gemeinwesens, also am Prozess der Gesetzgebung mit gleicher Stimme beteiligt sein konnten. Sie forderten aber noch mehr: damit sie in der Lage wären, ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen, forderten sie Bildung, die Möglichkeit der freien Meinungsbildung und schließlich auch die soziale Gleichheit, also Eigentumsverhältnisse, die den Reichen nicht erlaubte, die Willensbildung zu beherrschen, und den Einfachen die ökonomischen Mittel gab, sich aktiv an der Willensbildung und den Entscheidungen zu beteiligen. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass das Bürgertum lange Zeit zwar für den Rechtsstaat war, die demokratische Beteiligung der Menschen von unten an der Gesetzgebung aber behindert oder sogar bekämpft hat. So war das 19. Jahrhundert im Prinzip durch lange Restaurationsphasen geprägt. Erst nach dem Ersten Weltkrieg konnte aufgrund der Schwäche des Bürgertums das allgemeine und gleiche Wahlrecht in vielen OECD-Staaten durchgesetzt werden. Dies hat weitreichende historische Folgen. Denn von kurzen Unterbrechungen wie dem Nationalsozialismus einmal abgesehen, stellt sich heute das Bürgertum nicht mehr gegen die Demokratie, sondern nimmt sogar in Anspruch, die eigentliche demokratische Kraft zu sein: der Markt gilt als Grundlage der Freiheit, der Rechtsstaat, das Parlament, die Parteien und ihr Wettbewerb, die Wahlen von Repräsentant*innen gelten als privilegierte Orte der Demokratie.

Die politische Demokratie wurde und ist immer auch von Kritik begleitet, Vor allem dahingehend, dass sie ihrem Anspruch, also der Demokratisierung der Gesellschaft, nicht gerecht wird. Nicht zuletzt deswegen, weil zentrale gesellschaftliche Bereiche, wie die Ökonomie,

davon gar nicht erfasst werden und diese Form der Demokratie in Klassengesellschaften sehr schnell an ihre Grenzen stoßen muss. Wie demokratisch ist die Demokratie nun wirklich?

Ja, von der Seite der Linken wurde die repräsentative Demokratie in den vergangenen zweihundert Jahren vielfach kritisiert. Kritisiert wird die Konzeption der Repräsentation, die Unzulänglichkeit der Parteien als Organe der Willensbildung, der Mangel an politischer Bildung, die Vermachtung der Öffentlichkeit, die große politische Macht der Kapitaleigentümer, die mit ihrem Reichtum Verbände, Lobbyismus, politische Beratung, Wissenschaft und öffentliche Meinungsbildung maßgeblich und mitunter kontinuierlich bestimmen können. Wie Du zurecht sagst, ist der Hauptkritikpunkt die Trennung der Politik von der Ökonomie, die Tatsache also, dass der Bereich der Ökonomie der demokratischen Selbstbestimmung entzogen wird. Das bedeutet, dass die meisten Menschen nur alle vier oder fünf Jahre einmal beim Anlass von Wahlen sich an politischen Entscheidungen beteiligen; dass sie auch gar keine oder nur wenig Zeit für Politik haben, weil die Entscheidungen über das Allgemeinwohl nicht Bestandteil der alltäglichen Lebensorganisation ist, sondern an eine kleine Gruppe von Berufspolitikern abgetreten wird, die das Allgemeinwohl zur Angelegenheit ihres privaten beruflichen Erfolgs machen. Wenn nun die Ökonomie in grundsätzlicher Hinsicht den demokratischen Entscheidungen entzogen ist – die allenfalls auf bestimmte Rahmenbedingungen Einfluss nehmen können - dann widerspricht das in gewisser Weise dem Gedanken der demokratischen Selbstbestimmung durch das Parlament. Denn das Parlament soll ja das Volk in seiner Gesamtheit vertreten. Zumindest dem deutschen Verfassungsverständnis nach stellt das Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln ein demokratisches Grundrecht dar, wird also politisch vom Gemeinwesen gewährt. Es könnte also auch anders disponiert werden. Allerdings wird massiv

Druck ausgeübt, dass es zu keinem politischen Willen kommt, der die ökonomischen Zwänge selbst zum Gegenstand freier Willensbildung machen würde: entsprechende politische Strömungen werden bekämpft und gegebenenfalls unterdrückt und verboten; es wird behauptet, dass demokratische Entscheidungen der ökonomischen Wohlfahrt entgegenstehen würden, da die Ökonomie nur dann, wenn sie nach den Regeln des Marktes operiert, die Bedürfnisse der Menschen effizient befriedigen könnte. Dass dies nicht der Fall ist, erfahren wir ständig: Armut, Arbeitslosigkeit, Krisen, ökologische Folgen, falsch gerichtete Bedürfnisse und Produkte, Überversorgung hier – Unterversorgung dort. Vieles wurde schon ausprobiert: auf der einen Seite der liberale Markt mit vielen kleineren, patriarchal geführten Unternehmen, Monopole und Oligopole, die von wenigen Eigentümern und Managern in Verbindung von Banken gelenkt werden, schließlich transnationale Unternehmen und die Finanzindustrie; auf der anderen Seite der Staatssozialismus. Beide Modelle weisen jeweils kurzfristige Erfolge auf, doch in der Tendenz erweisen sie sich als zerstörerisch für die Ökonomie, die Umwelt, die Menschen. Die großen Probleme der Gesellschaften können sie nicht lösen. Immer wieder werden einige wenige privilegiert, über den Reichtum zu verfügen und die für alle verbindlichen Entscheidungen zu treffen. Es wäre an der Zeit, dass wir einmal wirklich demokratische Formen des Entscheidens ausprobieren, die auch die Ökonomie, die Arbeit, die technischen Entwicklungen, unsere Lebensweise selbst betreffen. Demokratie bliebe dann nicht an der Oberfläche, die subpolitische Stellmacht von Unternehmen, die über Arbeit, über Produkte, über großtechnische Entwicklungen entscheiden, würde beseitigt – weil darüber von uns allen entschieden würde.

Aktuell erleben wir viele Debatten über die Krise der Demokratie, über ein post-demokratisches Zeitalter oder über die Gefahr einer

autoritären Wende. Diese Debatten, die heute angesichts des Aufstiegs offen antidemokratischer Kräfte geführt werden, sind eigentlich nicht neu und gab es beispielsweise auch schon in den 1970er Jahren. Wie würdest du diese Debatten unserer Tage historisch einordnen? Ist dieser „Alarmismus“ gerechtfertigt?

Meine Überlegung ist, dass es nicht eine Entwicklung des Verfalls der Demokratie gibt, die dem Wesen des bürgerlichen Staates entspricht, der eigentlich autoritär und repressiv ist. Ich folge an diesem Punkt Marx, der zeigt, dass selbst dann, wenn die verschiedenen bürgerlichen Kräfte die parlamentarische Demokratie ablehnen – und die christlichen, die liberalen oder die autoritär-populistischen Kräfte sind ihren Grundüberzeugungen nach gegen Demokratie –, so doch zwangsläufig in der repräsentativen Demokratie die politische Form finden, die es ihnen ermöglicht, ihre verschiedenen Interessen und Orientierungen aufeinander abzustimmen. Ein Prozess, der durchaus mit vielen Reibungen und Konflikten einhergeht. In dieser politischen Form kommt es zyklisch mal mehr, mal weniger zu Beteiligung oder rigidem Ausschluss oder Kombination von beidem. Gerade habe wir es mit einem neuen Zyklus von antidemokratischen Ressentiments und entsprechenden politischen Entwicklungen zu tun. Das ist überraschend, weil ja nach der Wirtschaftskrise 2008 das Bürgertum demoralisiert war und eine riesige Welle demokratischer Bewegung sich Raum schuf. Allerdings hat die Linke diese Initiative zu mehr Demokratie sehr bald verloren, weil ihre Konzeptionen – wenn ich an Mouffe oder Rancière denke – nur das Bewegungsmoment für demokratisch halten, nicht jedoch die Bildung neuer Institutionen. Von solchen Zyklen zu sprechen dient nicht der Verharmlosung, sie stellt sich nicht dem ‚Alarmismus‘ entgegen. Denn die Sorge um die Demokratie und die Warnung vor ihrer Aushöhlung und Zerstörung sind berechtigt. Viele Menschen nehmen Schaden durch die Einschränkung oder nachteilige Veränderung von Rechten: durch

Armut, Bildungsmangel, durch polizeiliche Übergriffe, durch Unrechtsurteile, durch die Ausblendung und Ausgrenzung von gesellschaftlichen Interessenlagen. Letztlich werden die großen Probleme der Gesellschaft nicht oder unzulänglich diskutiert, die Entscheidungen für die Zukunft sind falsch.

Heute erleben wir auch, dass viele, die den bestehenden Formen der Demokratie überaus kritisch gegenüberstehen, diese angesichts der aktuellen Entwicklungen verteidigen. Ist das denn sinnvoll? Und wo würdest du Akteur*innen sehen, die nicht nur die „alte Demokratie“ verteidigen, sondern im Sinne einer radikaldemokratischen Transformation darüber hinaus zu gehen versuchen?

Entsprechend meiner Annahme, dass es sich um zyklische Prozesse handelt, ist es gegenwärtig nicht gut zu vermeiden, bestehende Institutionen und Rechte und damit verbundene zu verteidigen. Es handelt sich um sehr konkrete Kräfteverhältnisse: besteht ein Theater, eine Bibliothek fort; werden ein öffentliches Schwimmbad oder gemeinnützige Wohnungen privatisiert; werden die Renten oder das Arbeitslosengeld gekürzt; unterstützen Richter und Staatsanwälte die Bürger*innen in der Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte oder stellen sie sich auf die Seite eines repressiven Polizeiapparats und seiner Strategie, nur schon im Verdachtsfall Menschen zu inhaftieren, in Sicherheitsverwahrung zu nehmen, mit Polizeiwaffen schwer zu verletzen, das Demonstrationsrecht drastisch einzuschränken. Es gibt eine große Vielzahl von demokratischen Aktivitäten. Themen, Subjekte, Organisationen, Protestpraktiken verändern sich. Waren es vor Jahren die Initiativen für eine Finanztransaktionssteuer oder die Proteste gegen die Austeritätspolitik oder den Bau des Bahnhofs in Stuttgart, so sind es heute die Mieterinitiativen in London, Barcelona oder Berlin, die Frauen, die gegen sexistische Gewalt und Übergriffe oder das Recht auf Selbstbestimmung eintreten, die Schüler*innen, die für eine

energische Klimapolitik gegen die Erderwärmung kämpfen. In allen diesen Fällen gibt es große Kontinuitäten; immer geht es mehr oder weniger ausdrücklich darum, dass Entscheidungen endlich einmal anders ausfallen und dass die Entscheidungsprozesse selbst sich ändern. Das bedeutet ja nichts anderes, dass unsere Gesellschaften seit Jahrzehnten auf der Stelle treten, es also eigentlich keine wirklichen Fortschritte gibt. Nach all diesen vielen Erfahrungen mit den Aktivitäten zur Verteidigung oder zur Durchsetzung von mehr Demokratie – Aktivitäten, die so viel Lebenszeit kosten, stellt sich mir die Frage danach, wie all diese Proteste einmal weniger harmlos, wie sie einmal folgenreicher sein könnten, so dass tatsächlich die gesellschaftliche Entwicklung auf einen neuen, demokratischen, sozialen, ökologisch nachhaltigen Pfad umgesteuert werden könnte: nicht mehr durch die guten und einsichtigen politischer Führer, sondern von, durch und für uns alle.

Das Gespräch führte Leo Kühberger.

Stefanie Wöhl

Demokratie in der Krise? Eine feministische Perspektive

Warum braucht es 2019 feministische Demokratiekritik und auf welchen Ebenen spielt sich diese ab?

Feministische Kritik an der Demokratie ist vielfältig. Einerseits weist sie darauf hin, dass Frauen* im repräsentativen System der liberalen Demokratie immer noch nicht gleich repräsentiert sind. Andererseits haben sich Frauen* Zugänge zum politischen System erkämpft, können aber das politische System der Demokratie an sich nicht unbedingt verändern. Zudem werden oft wichtige Entscheidungen mittlerweile in Expertengremien oder zur Exekutive hin verlagert, sodass es für Frauen* schwieriger wird, bestimmte Errungenschaften auch zu verteidigen. Andererseits haben liberale feministische Strömungen sich diese Ziele hart erarbeitet, sie ändern jedoch nicht grundsätzlich etwas an den subtilen Ausschlussmechanismen oder daran, dass viele Frauen eher im persönlichen Nahbereich politisch aktiv sind. Hier gilt es immer noch mehr Zeit, Räume und Zugänge zu Politik zu ermöglichen, sprich, eine aufgeklärte Zivilgesellschaft kann nur dann aktiv sein, wenn sich nicht das ganze Leben auf Erwerbsarbeit konzentriert oder auf die Betreuung von Angehörigen und Kindern. Hier braucht es immer wieder eine feministische Kritik, die darauf hinweist, dass ein gutes Leben auch anders aussehen kann und dass dieses vor allem Inklusionsmöglichkeiten schafft für möglichst viele. Darüber gilt es auch zu streiten. Gerade in Zeiten, wo konservative und rechtsextreme Vorstellungen den öffentlichen Raum zu dominieren beginnen und die politischen Diskussionen

beeinflussen und nach rechts verschieben und auch frauenpolitische Errungenschaften infrage stellen. Daran merkt man einerseits, dass selbst liberale Vorstellungen von politischer und sozialer Gleichheit nicht selbstverständlich sind, und dass dann, wenn Menschen um ihren sozialen Status fürchten, immer wieder „die Anderen“, in Fall von Österreich meist AsylwerberInnen, für die soziale Schieflage verantwortlich gemacht werden. Leider ein Muster, das sich wiederholt. Die Spaltung der Gesellschaft kann meiner Meinung nach nur verhindert werden, wenn Menschen unterschiedlichster Herkunft und aus unterschiedlichen Milieus sich aufeinander zubewegen. Das ist nicht einfach und von daher ist gerade die Frage des Zusammenlebens so wichtig. Aus feministischer Sicht sind es auch nicht die großen Städte, die hier Probleme bereiten, sondern eher der ländliche Raum, in dem patriarchale Verhältnisse sehr gefestigt sind und es auch für Frauen schwieriger ist, sich aus herkömmlichen Rollen zu befreien. Meines Erachtens sind all dies Faktoren und Ebenen, die eine feministische Demokratiekritik berücksichtigen muss, wenn sie an einem demokratischen Gemeinwohl festhalten will. Probleme von Gewalt gegen Frauen und Angehörige sind dabei auch Themen, die vermehrt in der Öffentlichkeit thematisiert und diskutiert werden müssten, um somit einerseits strukturelle Gewaltverhältnisse aufzuzeigen und andererseits Gewalt im sozialen Nahraum und in den sozialen Medien zu thematisieren. Letztere sind ja auch in kürzester Zeit Räume für öffentliche Auseinandersetzungen geworden, in der besonders oft Frauen beschimpft oder verunglimpft werden. Das ist im Moment ein besonders wichtiger Faktor, da soziale Medien zu einem neuen und großen Teil der politischen Öffentlichkeit geworden sind.

Du schreibst, dass es Frauen* trotz langanhaltender Kämpfe kaum möglich ist das repräsentativ-demokratische System geschlechter-

gerecht zu gestalten. An welchen Stellen und warum stoßen feministische Bewegungen dabei an ihre Grenzen?

Zum einen gibt es zwar eine Erhöhung des Frauenanteils in Parlamenten, gleichzeitig sind aber Themen, die besonders Frauen* betreffen, immer noch hart umkämpft. Nehmen wir das Beispiel Väterkarenz bzw. die Möglichkeit für Väter, direkt nach der Geburt eines Kindes einen Monat bezahlt karenziert zu werden. Das wird erst jetzt neu diskutiert, obwohl die Möglichkeit für Väter, sich zu beteiligen, ein wichtiger symbolischer Schritt zur Aufwertung der Bedeutung von Kindererziehung und Sorgearbeit ist. Das hat insofern auch mit dem politischen System zu tun, weil es auch hier um Arbeitsteilung geht und die Möglichkeit, Zeit zu haben politisch zu partizipieren. Solange unsere Gesellschaft aber auf das Leistungsprinzip setzt, die Anhäufung von Reichtum, und nicht auf Bereiche wie Pflege, Fürsorge und ein gesellschaftliches Miteinander, ist es kein Wunder, wenn sich Gesellschaften weiter spalten und fremdenfeindlich werden. Das meine ich damit, auch das politische System zu transformieren: solange politische Repräsentation immer noch ein Beruf ist wie jeder andere auch, wird sich an der gesellschaftlichen Arbeitsteilung auch nichts ändern. Und das hängt stark mit der Form des politisch-repräsentativen Systems zusammen, weil das nach derselben Logik funktioniert.

Außerdem gibt es im Feld der internationalen Politik auch Beispiele dafür, wie Frauen versuchen zum Beispiel Agenden auf die internationale Tagesordnung zu setzen, dort aber mächtige Lobbygruppen wie die des Vatikans auf internationalen Konferenzen auch vieles verhindern können, was einen frauenpolitischen Fortschritt beinhalten würde. Die letzte Weltfrauenkonferenz, die eigentlich 2015 abgehalten werden sollte, hat ja gar nicht erst stattgefunden.

Siehst du im Moment Bewegungen und Entwicklungen, die abseits des parlamentarischen Feldes das Potential einer geschlechtergerechten Demokratisierung und gesellschaftlichen Transformation in sich tragen?

Es gibt viele feministische Bewegungen, die immer wieder versuchen bestimmte Themen in die politische Öffentlichkeit zu tragen und sich mit parlamentarischen Kräften zu vereinen. So zum Beispiel die 1000 Frauen, die jüngst auf Gewalt gegen Frauen aufmerksam gemacht haben und zu der es auch eine Parlamentsinitiative gibt. Dann gibt es ja wieder das neue Frauenvolksbegehren, das versucht, möglichst viele frauen- und gesellschaftspolitische Themen auf die politische Agenda zu bringen. Das sind alles Initiativen, die sehr wichtig sind, die aber in der momentanen politischen Konjunktur Schwierigkeiten haben werden, sich weiterhin Gehör zu verschaffen. Ich bin momentan sehr skeptisch, inwieweit diese Gruppen eine gesellschaftliche Transformation bewirken können, zum Teil sind es momentan ja eher Künstler*innen und Autor*innen, denen es gelingt, ein Bewusstsein für sexuelle Diskriminierung und Gewalt zu schaffen durch die #MeToo-Debatte oder indem sie Bücher über aktuelle frauenpolitische Themen schreiben. Andererseits gibt es auch die "Care-Revolution", die in Deutschland und Österreich bewirkt hat, dass das Thema Pflege wieder breiter in der Öffentlichkeit stand für eine Zeit lang. Ob sich dies in der aktuellen politischen Konjunktur, die ja sehr schnelllebig ist und in der viele neue Themen in der politischen Öffentlichkeit verhandelt werden, auf Dauer durchsetzen kann bleibt abzuwarten. Hier sind sicherlich auch die Gewerkschaften gefragt, einen Bewusstseinswandel selbst voranzutreiben und im Rahmen von Kollektivvertragsverhandlungen im Pflegebereich möglichst viel zu bewirken.

Du sprichst Gewalt gegen Frauen* als Einschränkung von Freiheit an (auch im Rahmen der liberalen Demokratie). Der gesellschaftlich

institutionalisierte Opferschutz in Form von Frauenhäusern etc. ist eine Errungenschaft feministischer Bewegungen. Im noch jungen Jahr 2019 erleben wir eine dramatisch hohe Zahl an Femiziden. Befinden wir uns in Zeiten einer gesellschaftlichen Rückentwicklung in Bezug auf explizite patriarchale Gewalt? Wenn ja, was sind die Bedingungen dieser Rückentwicklung?

Ich bin keine Gewaltforscherin, deswegen wäre ich vorsichtig derzeit empirisch von einer Zunahme zu sprechen, auch wenn es eklatant ist, dass seit Beginn 2019 bereits auffällig viele Frauen umgebracht worden sind, meistens von einem ehemaligen Partner. Es gab immer diese Form von Gewaltausübung gegenüber Frauen, und feministische Akteur*innen versuchen immer wieder darauf hinzuweisen, dass es mehr und veränderte Rahmenbedingungen des präventiven Gewaltschutzes geben muss. Gerade im präventiven Bereich ist dies jedoch nicht der Fall. In einer Gesellschaft in der unbarmherzig gegen Schwächere vorgegangen wird, in der Gewalt in vielfältigen Formen artikuliert wird (Hatespeech etc.), und in einem Klima, in dem Flüchtlinge pauschal für die Erhöhung bestimmter Gewaltdelikte verantwortlich gemacht werden, gibt es wenig Raum für eine sinnvolle Auseinandersetzung mit dem Thema. Natürlich tradieren sich auch patriarchale Strukturen und wir sehen auch, dass eine gewisse Volkstümelei das noch bestärkt. Sei es in der Kultur, durch bestimmte Musiker oder durch das Bedürfnis einer idealisierten Heimat, in der wenig Platz für Fremde ist. Sicherlich braucht es hier eine differenzierte Bestandaufnahme und eine Klarstellung, dass Frauen* gleichberechtigt sind und dass der zwischenmenschliche Umgang in Ländern wie Österreich selbstverständlich so sein sollte. Das Problem ist ja, dass es in allen Kulturen Gewalt gegen Frauen* gibt und auch Österreich ist da keine Ausnahme.

Welche feministischen Utopien sind deiner Meinung nach aktuell besonders attraktiv für das radikale Umdenken gesellschaftlicher Verhältnisse?

Eine Gesellschaft, die nach gleicher Teilhabe strebt und in der zwischenmenschliche Beziehungen nicht weniger wichtig bewertet werden wie gesellschaftliches Streben nach Macht, Prestige und Einfluss und in der derzeit weitestgehend immer noch privat für Menschen gesorgt werden muss, was ja viele Folgeprobleme mit sich bringt, ist glaube ich nicht sehr zukunftsfähig. Deswegen sollten wir an der Utopie festhalten, dass Arbeit lediglich dazu dienen sollte, Menschen zu ernähren und sie nicht der alleinige Lebensinhalt ist. Wir sollten daran festhalten, dass gesellschaftliche Inklusion nur gelingen kann, wenn wir uns nicht ins Private zurückziehen, sondern gemeinsam uns auch für das Gemeinwohl einsetzen. Das klingt jetzt sehr abstrakt, hat aber in Krisenzeiten nach 2008 dazu geführt, dass sich Menschen in bestimmten Ländern Europas solidarisch gezeigt haben. Sie haben versucht durch gegenseitige Ermutigungen und Unterstützung zu zeigen, dass sie nicht allein sind, wenn sie zum Beispiel aus Ihren Häusern oder Wohnungen zwangsgeräumt wurden wie in Spanien. Ich finde das sind gute Beispiele, wie gelebte Solidarität heute aussehen kann.

Das Gespräch führte Markus Gönitzer.

Katharina Morawek
Urban Citizenship und die Demokratisierung der
Demokratie

Kannst du uns eingangs den Begriff „Urban Citizenship“ erklären? Woher kommt der Begriff, was bedeutet er und welche (internationalen) Beispiele und Initiativen gibt es da?

In vielen demokratisch verfassten Gesellschaften lässt sich beobachten, dass der Zugang zu Rechten und Ressourcen ungleich verteilt ist. Immer mehr BewohnerInnen eines Landes haben keinen entsprechenden Pass und können von den damit verbundenen Rechten keinen Gebrauch machen. Das Konzept „Urban Citizenship“ steht für die Ausweitung der rechtlichen, politischen, sozialen und kulturellen Teilhabegerechtigkeit aller Menschen, die in einer Stadt leben, und kann neue Wege zu einer gerechteren Gestaltung der Gesellschaft aufzeigen. Der Begriff kommt aus der US-amerikanischen Soziologie und wurde später von der Stadtforschung aufgegriffen. Mittlerweile gibt es viele Spielarten, etwa das Modell der „Sanctuary City“ (New York City), wo Menschen ohne gültigen Aufenthaltstitel ein Aufenthaltsrecht bekommen, indem sie durch eine lokale Identitätskarte zu Citizens (BürgerInnen) von New York werden. Diese Idee wurde lange von Grassroots-Bewegungen gefordert und schließlich von der Stadtregierung pragmatisch umgesetzt. Andere Beispiele werde ich noch im Vortrag erwähnen.

Ihr betont, dass es ein „massives Demokratiedefizit“ gibt, weil viele Menschen aufgrund fehlender oder „falscher“ Papiere das passive und aktive Wahlrecht vorenthalten wird und sie gar nicht die Möglichkeit

haben, am politischen Prozess zu partizipieren. Wie viele Menschen betrifft das in den postmigrantischen Gesellschaften?

In der Schweiz betrifft das ca. 25% der Bevölkerung, also ein Viertel. Zum Vergleich: in Österreich sind es 15%, in Deutschland 12%. In den Städten ist der Anteil noch wesentlich höher, in Zürich etwa nahezu ein Drittel. In der Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen ist es rund die Hälfte. Gleichzeitig wurde das Stimmrecht für AusländerInnen im Kanton Zürich vor einigen Jahren von ca. 80% der Stimmberechtigten abgelehnt. Das Demokratiedefizit betrifft aber auch Menschen, die zwar den Schweizer Pass besitzen, aber dennoch aufgrund ihrer Herkunft, ihres Namens oder ihres Aussehens nicht zum nationalen „Narrativ“, zum Familienportrait dazugehören. Demokratisierung betrifft also nicht nur formale Aspekte wie das Wahlrecht, sondern muss breiter ansetzen bei der Frage: was ist eigentlich die Schweiz heute, welche Geschichte erzählt sie sich über sich selbst und wer gehört dazu?

„Die ganze Welt in Zürich“ war eine sehr konkrete Initiative, die versucht hat dem entgegenzuwirken. Wie ist das Projekt entstanden und welche Akteur*innen haben sich dabei beteiligt?

Das Projekt «Die ganze Welt in Zürich» war ein Kunstprojekt, das ich als künstlerische Leiterin der Shedhalle Zürich gemeinsam mit dem Künstler Martin Krenn ins Leben gerufen habe. Unser Vorhaben war, das oben beschriebene Schweizer Demokratiedefizit in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu stellen. Das Projekt sollte einen direkten Einfluss auf öffentliche Debatten und Prozesse der Politikgestaltung haben und sich im Sinne einer Demokratisierung und Ausweitung von Rechten für alle auswirken. Das Kernstück dieses Projekts war eine Arbeitsgruppe, bestehend aus 8 ExpertInnen aus Wissenschaft, Gewerkschaft, NGOs und politischem Aktivismus mit und ohne Migrations- und Fluchterfahrung, später kamen auch politische EntscheidungsträgerInnen dazu. Die Arbeitsgruppe nahm

verschiedene Aspekte von „Citizenship“ in den Fokus, so etwa „Aufenthaltsfreiheit“, „Diskriminierungsfreiheit“ und „Gestaltungsfreiheit/Teilhabe“. Mit der Zeit erweiterte sich der Kreis der Interessierten, da wir auch immer wieder an die Öffentlichkeit gingen. Mittlerweile haben sich aus dem Projekt mehrere tragfähige Initiativen in der Schweiz (und anderswo) entwickelt, die weiter am Thema der Urban Citizenship arbeiten.

In der Ankündigung zu deinem Beitrag ist vom „politischen Gestaltungspotential der Kunst“ die Rede. Was verstehst du darunter und welche Rolle kann und soll die Kunst hier spielen?

Kultur ist ein Schlüsselthema in Bezug darauf, wie in einer Gesellschaft Bedeutung entsteht. Dabei ist die Frage zentral, was wir eigentlich unter Kultur verstehen: Ist Kultur etwas territoriales, das Zusammengehörigkeit ausdrückt und das sich von anderen territorialen „Kulturen“ unterscheidet? Ist Kultur etwas, das sich „erben“ lässt? Verstehen wir unter Kultur die Art und Weise, wie wir miteinander unser Zusammenleben, unser Zusammensein gestalten? Auch das Thema Migration wird gerne im Register von Kultur verhandelt, das zeigt sich etwa in der beliebten Vorstellung von verschiedenen „Kulturkreisen“. Gleichzeitig sehen wir, dass die Produktion von und der Zugang zu öffentlich geförderter „Kunst und Kultur“, also Tanz, Theater, Museen, nach wie vor von Eliten geprägt und der demografischen Entwicklung vielfach noch nicht gewachsen ist. Derzeit werden vielerorts neue Wege gesucht, um an die gesellschaftliche Realität, eine Migrationsgesellschaft, Anschluss zu finden. Meine Haltung als künstlerische Leiterin einer öffentlich geförderten Institution war es, diese Verantwortung wahr zu nehmen. Die Produktion und die Verhandlung von Kunst war immer interessensgebunden und somit im Bereich der „Politik“ angesiedelt. Seit den 90er Jahren arbeiten viele Kunstprojekte mit „Partizipation“, es kann nicht nur zugeschaut, sondern auch mitgemacht werden. Oft

können viele Teilnehmende dort aber lediglich eine für sie vorbestimmte Rolle einnehmen (z.B. Flüchtlinge) und spätestens danach alle wieder an ihren angestammten Platz zurückkehren. Wir wollten mit dem Projekt auch zeigen, dass mit Kunst bis zu einem gewissen Grad der Raum des „Politischen“ geöffnet werden kann, so wie es in den Medien oder im öffentlichen Raum nur mehr selten möglich ist. Und dass so konkrete Prozesse der Veränderung angeschoben werden können.

Bei der Konferenz werden wir uns ja auch damit beschäftigen, dass die bestehenden Formen der Demokratie nicht weit genug gehen und viele gesellschaftliche Bereiche davon gar nicht erfasst sind. Daher möchte ich dich fragen, wie du die „Demokratisierung der Demokratie“ verstehst? Ist es ausreichend die bestehende Form der Demokratie durch die Beteiligung derer, die jetzt davon ausgeschlossen sind, zu demokratisieren oder braucht es ganz andere Formen der Demokratie?

Es geht eben in vielen Fällen, z.B. in den Städten, aber auch bei jüngeren Generationen nicht mehr um eine Minderheit, die von einer Mehrheit „integriert“ werden muss. Wir erleben einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel. Fast 40% der Bevölkerung haben einen sogenannten Migrationshintergrund, rund ein Drittel der Eheschließungen und eingetragenen Partnerschaften sind binational. Diese Zahlen sind allerdings nur Versuche zu erfassen, was passiert. Sie versetzen uns nicht in die Lage, die Vielschichtigkeit, Widersprüche der Lebensrealitäten in Einwanderungsgesellschaften zu verstehen. Zürich ist auf den ersten Blick eine sehr internationale Stadt. Während auf den Servern der Großbanken im Stadtzentrum täglich Milliarden Schweizer Franken ihre Besitzer wechseln und gut ausgebildete Expats (das sind vorübergehend in der Schweiz lebende und in meist gut bezahlten Sektoren Beschäftigte) in den Glasbetontürmen im Westen der Stadt arbeiten und wohnen, kümmern sich Portugiesinnen ohne gültigen Aufenthaltstitel um

deren Kinder. Diese Kinder schätzen Spaghetti Pomodoro und ihre Eltern den Espresso im Straßencafé. Dieser wiederum ist ein Ergebnis der „Mediterranisierung“ des Landes durch die italienische GastarbeiterInnengeneration. Der Weg zu einem grundlegenden Verstehen der Realität einer Einwanderungsgesellschaft ist von einem Diskurs der Panik und von einer obsessiven Beschäftigung mit „Migration“ verstellt. Wir müssen daher den Fokus verschieben und eine andere Frage stellen, nämlich: wie gestalten wir demokratische Teilhabe und soziale Gerechtigkeit im Zeitalter von Globalisierung und Migration? Zur Beantwortung dieser Frage müssen wir eines hinter uns lassen: die Vorstellung von „Wir“ und „Sie“.

Das Gespräch führte Leo Kühberger.

Anna Leder, Eva Schörkhuber, Mario Memoli Alle Macht den Ideen! Zur Geschichte, Theorie und Aktualität der Rätedemokratie

Rätedemokratie. Was ist das überhaupt und wodurch unterscheidet sich die Rätedemokratie von der repräsentativen Demokratie?

Räte sind ihrem Charakter nach proletarisch, ihre Grundlage ist die soziale Zugehörigkeit ihrer Mitglieder: Der Betrieb, der Stadtteil, die Kaserne. Sie haben territorialen und damit potentiell transnationalen Charakter. In der bürgerlichen Gesellschaft wird Politik von einer Kaste von „SpezialistInnen“ für scheinbar gleiche StaatsbürgerInnen gemacht, während die ökonomische Grundlage als privat gilt. Im Unterschied zu dieser Trennung von Politik und Ökonomie sind Räte gleichermaßen politische UND wirtschaftliche Selbstverwaltungsgorgane. Sie kennen darüber hinaus keine Gewaltenteilung von Exekutive und Legislative.

Das dem Rätegedanken zugrunde liegende Delegationsprinzip funktioniert nach dem Grundsatz des Imperativen Mandats, d.h. die Delegierten sind direkt an die Weisungen der Ratsmitglieder gebunden und jederzeit abwählbar. Dem gegenüber steht in der repräsentativen Demokratie das freie Mandat der Abgeordneten für die Zeit der Legislaturperiode. Damit stehen sie in einem unüberwindbaren Gegensatz zu Parteien und dem damit verbundenen parlamentarischen System. In letzter Konsequenz stehen sie damit auch im Gegensatz zu der Idee eines Nationalstaates.

Von Hannah Arendt stammt ja der Satz, dass sich in „jeder Revolution (...) spontan Räte gebildet (haben)“. Welche historischen Beispiele gibt

es da? Und welche Rolle spielte die Rätebewegung in Österreich, insbesondere nach dem Ersten Weltkrieg?

In der marxistischen Lesart von Räten finden sich Ansätze bereits in der englischen und der großen französischen Revolution. Die Pariser Commune 1871 war von der Errichtung von räteartigen Strukturen gekennzeichnet. In der russischen Revolution 1905 und noch vielmehr 1917 kam es zur landesweiten Bildung von Räten, den Sowjets. Diese hatten eine enorme Strahlkraft in viele Länder Europas. Sie wurden allerdings in den Jahren nach der Revolution sehr rasch von den Bolschewiki entmachtet. In Ungarn wurde 1919 eine Räterepublik ausgerufen, 1956 kam es dort im Rahmen des 'Volksaufstandes' wiederum zur massenhaften Bildung von Räten. Die deutsche Revolution von 1918 bis 1920 war von der Bildung von Rätestrukturen bzw. der Ausrufung von Räterepubliken in Bayern, Bremen und einigen anderen Städten gekennzeichnet. In Italien war es die Gründung von Fabrikräten in Turin 1919/1920. In Österreich kam es während des Jännerstreiks 1918 mit 750.000 Streikenden erstmals zur spontanen Bildung von Räten, die bis 1920 eine bedeutende Rolle spielten und erst 1924 endgültig aufgelöst wurden. So beteiligten sich bei den Rätewahlen 1919 allein in Wien 500.000 Menschen. Sie hatten zum einen die Aufgabe, die durch den Krieg völlig zusammengebrochene Produktion und Verteilung aufrechtzuerhalten, Lebensmittel zu beschaffen und die extreme Wohnungsnot zu lindern. Eine große Zahl von Menschen sah in ihnen eine zukunftsweisende Form gesellschaftlicher Organisation.

Was sind die Gründe dafür, dass sich, um bei Arendt zu bleiben, zwar spontan Räte bilden, sich diese Form der demokratischen Organisation der Gesellschaft, dann aber in der Regel nicht durchgesetzt hat? In eurem Buch schreibt ihr ja auch davon, dass die Räte ein Instrument der sozialen Notwehr gewesen sind, um die schlimmste Not zu lindern. Können Räte mehr als das?

Räte bilden sich spontan in zumeist revolutionären Situationen als direkte Notwendigkeit um Prozesse der Entscheidungsfindung und Verantwortlichkeit zu finden. Kollektive Beratschlagung, Entscheidungsfindung und die anschließende Delegation scheinen sich in solchen Situationen immer wieder als bester Kompromiss zwischen einem Maximum an Effizienz und einem Minimum an Repräsentation herauszustellen.

Gescheitert sind diese selbstorganisierten sozialen Formen zum einen natürlich am übermächtigen kapitalistischen Gegner, zum anderen aber auch an politischen Parteien, die Räte immer wieder instrumentalisiert, entmachtet und schließlich zerschlagen haben. Das hat wiederholt den Niedergang von Revolutionen eingeläutet, wobei die für die emanzipatorische Bewegung schwerwiegendste Niederlage einer Revolution wohl die russische war. Räte haben auch dort konkret mehr als einen Hinweis darauf geben, wie eine herrschaftsfreie Gesellschaft strukturiert sein könnte.

Euch geht es in der historischen Beschäftigung auch immer darum, diese Idee von den Räten in die Gegenwart zu holen. Zum einen also die Frage, was von den historischen Räten heute noch von Bedeutung ist und zum anderen die Frage, wo ihr heute Ansätze der Selbstorganisation seht und diese Idee wieder aufgegriffen wird?

Churchills berühmtes Zitat "Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind" würden wir adaptieren und sagen: In der Idee der Räte Demokratie verkörpert sich die egalitärste Form einer Gesellschaft, die wir uns vorstellen können. Damit bietet sie uns seit mindestens 150 Jahren einen Fluchtpunkt für libertäre, emanzipatorische Politik. Selbstorganisierte Strukturen in sozialen Bewegungen, Arbeitskämpfen oder Basisgewerkschaften knüpfen immer wieder implizit an Räteideen an. Aktuell lassen sich räteartige Strukturen etwa bei den Zapatistas, in den

Selbstverwaltungsstrukturen Rojavas bis hin zu Gruppierungen innerhalb der Gelbwesten finden.

*Das Gespräch mit Anna Leder führte Leo Kühberger.
Den Workshop bei der Konferenz wird sie gemeinsam
mit Eva Schörkhuber und Mario Memoli abhalten.*

Anke Strüver **Politik auf der Straße. Die spanischen Munizipalisten**

Was steckt hinter dem Konzept des Munizipalismus?

Die so genannten (neuen) Munizipalisten sind Bürger*innen-Plattformen aus sozialen Bewegungen, die (vor allem in Spanien) in die Kommunal- bzw. Stadtregierungen eingezogen sind. Derzeit werden Madrid und auch Barcelona von linken Bürgermeisterinnen regiert, die vorher als stadtpolitische Aktivistinnen engagiert waren und die weite Teile der Regierungsarbeit und -inhalte umgebaut haben. Munizipalistische Zusammenflüsse, so genannte Confluencias, verstehen sich als *lokale* Alternativen zu den *nationalen* Wahlkämpfen; sie basieren auf lokalen Kollaborationen von Initiativen, Recht-auf-Stadt- und anderen sozialen Bewegungen und auch einzelnen Akteur*innen, die aus Unzufriedenheit über die lokale Regierung und ihre jeweilige Politik im Vorfeld der spanischen Gemeindewahlen für Mai 2015 im Juni 2014 entstanden sind. Es handelt sich dabei um „Zusammenflüsse, die auf dem Terrain der Stadt kleine soziale Revolutionen anzetteln“ (Brunner, et.al. 2017: 7) und die das Lokale, das direkte soziale und räumliche Lebensumfeld eines Stadtteils zum Ausgangspunkt und zum Gegenstand ihrer politischen Visionen und Forderungen nehmen.

Wie entwickelten sich die von dir genannten neuen Munizipalisten historisch?

Gesellschaftlicher Kontext der Entstehung der Munizipalisten in Spanien waren die zahlreichen Krisenphänomene des neoliberalen Kapitalismus und seiner Auswüchse: die Finanzkrise, die Durchsetzung von verschiedenen Formen von Austeritätspolitik, die

zunehmende Privatisierung und Deregulierung der städtischen Infrastrukturen, die Vermarktung des Prinzips Unternehmerische Stadt im internationalen Wettbewerb sowie der gesamte neoliberale Umbau ehemaliger wohlfahrtstaatlicher Säulen der Daseinsvorsorgen im Allgemeinen und der Bereiche Arbeiten, Wohnen, Bildung, Gesundheit und soziale Integration im Besonderen. „Vorläufer“ der munizipalistischen Bewegungen in Spanien waren unter anderem die so genannten 15-M-Massendemonstrationen (am 15. Mai 2011) und diverse Formen von Platzbesetzungen (in Anlehnung bzw. Fortführung an die Bewegungen des Arabischen Frühlings oder auch der Occupy Wallstreet Bewegung), die zur Einrichtung von Dauerzeltlagern, Aufbau von provisorischen urbanen bzw. kommunalen Gärten, Volkküchen, Freifunk- und Computernetzwerken etc. in unterschiedlichen spanischen Städten geführt hatten und die das Prinzip der Commons sowie das Motto der „radikalen Inklusion“ praktizierten (unter anderem, um sich gegen die Individualisierung von Prekarisierung aufzustellen).

Inwiefern drücken sich im Munizipalismus radikal-demokratische Ideen aus?

Das Ziel des Munizipalismus ist eigentlich nicht die Übernahme der Institutionen durch die Bewegung, sondern die Entwicklung neuer politischer Praktiken und Prozesse, die (langfristig) auch translokal funktionieren sollen. Eines der Prinzipien munizipalistischen Wissens und Vorgehens ist, dass es lokal generiert wird, horizontal diskutiert und ggf. translokal bzw. transnational weiterentwickelt wird. Im Falle des Einzugs in die Stadtregierungen kann auf diese Weise lokales und damit konkretes Wissen über nachbarschaftliche Probleme berücksichtigt werden (hier wird in der Anwendung bspw. direkt auf den feministischen Ansatz des situierten Wissens rekurriert -- in Abgrenzung zu universellem und universalisiertem Wissen). Zudem

können lokale Akteur*innen und Expert*innen in die Regierung und/oder die Umsetzung der Regierungspolitik einbezogen werden.

Ein weiteres grundlegendes Prinzip der munizipalistischen Bewegungen ist der Versuch, Politik nicht als Herrschafts-, sondern als Sorge-Verhältnis zu praktizieren: Ziel ist eine radikal-partizipative (statt repräsentative) Demokratie und „die kommunale bzw. munizipale politische Ebene ist nicht länger *Adressat* politischer Forderungen, sondern wird Teil einer sozialen Bewegung“ (Vollmer 2017: 148). Die Krise der repräsentativen Demokratie beinhaltet daher auch eine Krise des gesellschaftlichen wie politischen Subjekts.

Vor welchen Herausforderung stehen die neuen Munizipalisten in Spanien aktuell? Welche Erfolge konnten gefestigt werden? Gibt es Entwicklungen, die du kritisch siehst?

Der Einzug der munizipalistischen Bewegung in die Gemeindereregierungen von Madrid, Barcelona, Valencia, Zaragoza, A Coruña, Cádiz, Santiago, Pamplona und einigen mehr war begleitet von dem Versuch, Alternativen zur klassischen Parteipolitik auf Grundlage der Beteiligung von Bewegung am lokalen Staat zu praktizieren. Stadtpolitisch konzentrierten sie sich bspw. in Barcelona darauf, Wohnraum zu schaffen und zu erhalten – u.a. durch die Bekämpfung der fortschreitenden touristischen Vermarktung der Stadt (Touristification, airbnb-Tourismus). Die Bürgerplattform *Barcelona en Comú* hat im Mai 2015 die Kommunalwahlen gewonnen und stellt dort seitdem eine Minderheitsregierung, die versucht, Alternativen zum neoliberalen Stadtregieren zu praktizieren. Gerade Barcelona gilt allerdings auch als Beispiel für eine munizipalistische Bewegung, die im Zuge der Regierungsbildung und -beteiligung ihre radikaldemokratischen Prinzipien nicht umsetzen konnte. (Vgl. Zelik 2017) Zwar ist dort mit Ada Colau eine Frau Bürgermeisterin, die aus der wohnungspolitischen Recht auf Stadt-Bewegung kommt und die über die munizipalistischen

Wahllisten in die Regierung gewählt worden ist, doch muss sie mit der Sozialistischen Partei Katalonien (PSC) koalieren, die verantwortlich für die bisherige neoliberale Stadtentwicklungspolitik war.

Raul Zelik fasst die (Miss-)Erfolge der linken Stadtregierung in Barcelona unter Beteiligung der municipalistischen Bewegungen folgendermaßen zusammen: „Man hat nach langen Verhandlungen einen Haushalt verabschieden können, der die Sozialausgaben erhöht, man hat ein Programm zur Förderung von Genossenschaften aufgelegt und treibt zudem eine feministische Gleichstellungspolitik voran. Man hat darüber hinaus die Umwidmung von Wohnungen in Ferienapartments und teure Prestigeprojekte (zumindest vorübergehend) gestoppt. Ein Wohnungsbauprogramm und neue Formen der Bürgerbeteiligung sind in Vorbereitung. Außerdem hat sich Barcelona zur Refugee-Welcome-Stadt erklärt – was allerdings eher symbolischen Charakter hat, weil bislang nur wenige Dutzende Kriegsflüchtlinge aus Syrien und andern Ländern im spanischen Staat angekommen sind.“ (Zelik 2017)

Die municipalistische Bewegung als Teil der aktuellen Regierung scheint das gleiche Problem zu haben wie anderen Formen institutioneller Politik: sie vermag konkrete Veränderungen nur schwer umzusetzen, sondern bedarf dafür der Selbstorganisation und Mobilisierung der lokalen Bevölkerung. D.h. durch die Institutionalisierung in der Regierung scheint (vorerst) die gegenhegemoniale Kraft ihrer Sozial- und Wirtschaftskritik an Bedeutung und Einfluss verloren zu haben.

Abschließend für dieses kurze Interview sei dennoch ein eher positives Beispiel für den Einfluss der *Confluencias* als Teil der aktuellen Regierung in Barcelona erwähnt, nämlich die Reformulierung der Smart City Politik von einer rein technologieoptimierenden und unternehmensorientierten Strategie

hin zu einer Politik, die die technologische Souveränität der Bewohner*innen weit über bzw. vor die Technologieoptimierung der Stadt stellt. Mit dem Motto „Recht auf digitale Stadt“ wurden seit der Regierungsbeteiligung und der Anstellung von Francesca Bria als Technologieexpertin durch Ada Colau zum Beispiel zahlreiche Data Commons und offene Plattformen für die Verwaltung und die Analyse städtischer Daten verpflichtend eingeführt. Zwar werden auch einige der bisherigen Projekte zu urbanen digitalen Infrastrukturen weitergeführt – doch eher als Instrumente für eine Demokratisierung der Stadt. Zu dem in Anlehnung an Lefebvre formulierten Motto „Recht auf digitale Stadt“ gehört vor allem die Entwicklung von Alternativen zur kapitalistischen Nutzung digitaler Technologien – neben den Infrastrukturen also auch digital unterstützte Interaktionen zur demokratischen Partizipation und Kollaboration. (Vgl. Morozov/Bria 2017; Bauriedl/Strüver 2018)

Das Gespräch führte Markus Gönitzer.

Literatur:

- Brunner, Christoph; et.al. (Hg.) (2017): Die neuen Munizipalisten. Soziale Bewegung und die Regierung der Städte, Wien.
- Vollmer, Lisa (2017): Keine Angst vor Alternativen. Ein neuer Munizipalismus., In: sub/urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, 5(3), S. 147-156.
- Zelik, Raul (2017): Rebellische Städte – Erfolg oder Frust? In: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. (<https://www.zeitschrift-luxemburg.de/rebellische-staedte-erfolg-oder-frust>)
- Morozov, Evgeny/Bria, Francesca (2017): Die Smarte Stadt neu denken. (<https://www.rosalux.de/publikation/id/38134/die-smarte-stadt-neu-denken>)
- Bauriedl, Sybille; Strüver, Anke (Hg.)(2018): Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten, Bielefeld.

Anselm Schindler

Rojava. Demokratie ohne Staat?

Was ist der Demokratische Konföderalismus? Wie hat er sich historisch entwickelt und inwiefern drücken sich in diesem Modell radikaldemokratische Ideen aus?

Der Demokratische Konföderalismus ist weniger eine Ideologie oder ein Modell, sondern mehr eine Methode, mit der sich die Gesellschaft organisieren kann. Demokratischer Konföderalismus bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die sich selbst verwaltende Gesellschaft. Es geht dabei darum, die Entscheidungsfindung für gesellschaftliche, politische und ökonomische Fragen möglichst dezentral zu gestalten und darum, dass die, die von einer Entscheidung betroffen sind, auch die sind, die sie treffen. Und es geht darum, dass die Menschen ihr Leben in die eigene Hand nehmen und zentralistische, hierarchische Systeme überwunden oder abgebaut werden. In der Praxis wie sie in verschiedenen Teilen Kurdistans, vor allem aber in Rojava, also Syrisch-Kurdistan umgesetzt wird, umfasst das alle Lebensbereiche. Von der Selbstverwaltung in den Stadtteilen und Dörfern über Kooperativen bis hin zu Sicherheit und Selbstverteidigung.

Die Entstehung dieser Praxis und der Ideen des Demokratischen Konföderalismus kann nicht ohne die Geschichte der kurdischen Freiheitsbewegung und die Geschichte der kurdischen Arbeiter*innenpartei PKK verstanden werden: Die PKK begann in den 1970er und 1980er Jahren den bewaffneten und zivilgesellschaftlichen Kampf gegen den türkischen Kolonialismus und die feudalistisch-patriarchalen Gesellschaftsstrukturen in Kurdistan. Die Ideologie der 1978 gegründeten Kurdischen Arbeiter*innenpartei PKK war die Ideologie des Marxismus-Leninismus maoistischer Prägung. Allerdings begab sich die PKK nie

in eine starke Abhängigkeit zur Sowjetunion, weder logistisch noch ideologisch. Mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus stellten sich viele der marxistisch-leninistischen Paradigmen zur Disposition, und das hat in der kurdischen Freiheitsbewegung zu einer intensiven Reflexion über die Rolle des Nationalstaates und staatlicher Autorität im Allgemeinen geführt.

Der Staat wurde als Ausgangspunkt von Unterdrückungsmechanismen wie Sexismus, Rassismus und Nationalismus analysiert und nicht mehr nur als Überbau oder Verdichtung von Klassegegensätzen. Insbesondere die Analyse des Patriarchats und dessen historische Entstehungsgeschichte spielt dabei eine Rolle, in der Herrschaft des Mannes über die Frau sieht die kurdische Befreiungsbewegung die Keimzelle der staatlichen Gewaltherrschaft. Die patriarchal organisierte Kleinfamilie analysiert sie als die kleinste Zelle etatistischer Herrschaft.

Abdullah Öcalan, der seit 20 Jahren inhaftierte Vorsitzende der PKK, beschreibt den Demokratischen Konföderalismus als Alternative zur sozialistischen Machtübernahme. Inspirieren lassen hat sich Öcalan dabei immer wieder auch von verschiedenen linken Theoretiker*innen und Philosoph*innen, allen voran aber vom US-amerikanischen Ökosozialisten Murray Bookchin. Viele der Ideen Öcalans sind nicht neu – im Gegenteil: In der Ideologie auf der der Demokratische Konföderalismus fußt, tauchen Versatzstücke verschiedener sozialistischer und libertärer Traditionen der letzten Jahrhunderte auf.

Öcalan zieht eine Linie, die von er Steinzeit bis heute reicht. Es ist die Tradition von gegenseitiger Hilfe, Solidarität und den Aufständen gegen Unterdrückung. Diese Linie, argumentiert Öcalan, hat schon immer parallel zu den staatlichen Herrschaftssystemen existiert. Eine Geschichtsanalyse, die sich stark von den oft deterministischen

Vorstellungen des Marxismus-Leninismus mit seinen Stufenmodellen unterscheidet.

Der von dir erwähnte Abdullah Öcalan hat 2005 erstmals das Konzept des Demokratischen Konföderalismus ausgerufen. In vielen kurdisch verwalteten Gebieten wurde daraufhin an dessen praktischer Umsetzung gearbeitet. In vielen dieser Gebiete gab es aber auch bereits davor gesellschaftliche Organisationsprozesse durch Räte und Komitees, beispielsweise im von dir bereisten Rojava. Wie funktioniert dort die praktische Umsetzung des „Demokratischen Konföderalismus“? Welche Aspekte haben sich bewährt?

Die Kommunen bilden das Herz der demokratischen Autonomie in Rojava. Kommunen sind Zusammenschlüsse von mehreren dutzend bis mehreren hundert Haushalten in Straßenzügen, Stadtteilen oder Dörfern. Pro Kommune gibt es ein Mala Gel, ein Volkshaus und weitere Räumlichkeiten für Frauen und Jugendliche, in denen sich die Menschen regelmäßig treffen, um sich zu bilden und zu diskutieren. In regelmäßigen Abständen, im Regelfall aber spätestens jeden zweiten Monat wird in Sitzungen über anstehende Entscheidungen abgestimmt. Weil natürlich nicht alle Entscheidungen auf kommunaler Ebene gefällt werden können, gibt es auch Räte für größere Gebiete, in die von den Kommunen Delegierte entsandt werden. Die Kommune wird jeweils von zwei Sprecher*innen vertreten, jeweils mindestens eine Person muss eine Frau sein.

Auf jeder Ebene des Rátesystems gibt es Kommissionen, die sich um die Umsetzung der Beschlüsse in den Ráten kümmern. Auch was die Wirtschaft betrifft wird in Rojava nach Möglichkeiten gesucht, es geht dabei darum, ein demokratisches Wirtschaftssystem aufzubauen, in dem die Bedürfnisse der Menschen und die demokratische Kontrolle über die Produktionsmittel im Vordergrund stehen. Versucht wird das über ein System von Kooperativen, wichtige Teile

der Landwirtschaft und Industrie wurden bereits kollektiviert. Doch das sind nur die Anfänge, große Teile der Wirtschaft sind nach wie vor kapitalistisch organisiert und auch die Kooperativen stehen auf dem Markt in Konkurrenz zu kapitalistischen Unternehmen. Von einer sozialistischen Wirtschaft kann also nur ansatzweise die Rede sein, aber es gibt ernst gemeinte Versuche, Schritte in diese Richtung zu gehen.

Welche Schwierigkeiten gibt es da?

Der Aufbau einer anderen Gesellschaft ist voller Widersprüche: In Rojava sind nicht vom einen auf den anderen Tag alle Menschen Revolutionär*innen geworden. Es ist eine Gesellschaft, die von Jahrtausenden Patriarchat, von einer konservativen Auslegung des sunnitischen Islam und anderen Formen der Unterdrückung geprägt wurde. Vor dem Ersten Weltkrieg standen die Menschen in Syrien unter der Kontrolle der Osmanen und lokaler Fürsten, nach dem Weltkrieg unter der neokolonialen Besatzung der Franzosen und dann ab den 60ern unter der Kontrolle der Assads. Nach so langer Zeit von Fremdbestimmung und Zentralismus auf einmal dazu aufgefordert zu werden, alles zu verändern, überfordert natürlich, und nicht wenige Menschen wollen einfach in Ruhe leben aber sich politisch nicht einbringen. Der Knackpunkt liegt in der Frage: Wie können die Menschen Bewusstsein über ihre Lage entwickeln und wodurch wächst die Chance auf Emanzipation und Teilnahme an den Rátestrukturen?

Die Lösung dieser Frage ist harte Arbeit von politisch bewussten Leuten. Von Leuten die sich als Kader*innen der Revolution verstehen. Die von Haus zu Haus ziehen, um mit den Leuten ins Gespräch zu kommen, die Initiativen starten und die Menschen zusammenbringen, bis sich die Organisationsprozesse selbstständigen. Ohne diese Leute, die in der Tradition der

kurdischen Arbeiter*innen PKK stehen, wäre die Rojava-Revolution nicht möglich.

Vorangegangenen Revolutionen wie die sozialistischen Aufbrüche in Russland und Asien nach den Weltkriegen standen vor ähnlichen Herausforderungen wie heute in Rojava. Dort wurde die Rolle der revolutionären Initiativkräfte von Kommunistischen Parteien erfüllt die schnell zu Massenorganisationen heranwuchsen, aber oft auch sehr autoritär und bürokratisch waren. Viel davon war sicherlich der jeweiligen historischen Situation geschuldet – die Bolschewiki zum Beispiel machten ihre Revolution zum Ende eines Welt- und zu Beginn eines Bürgerkrieges. In der kurdischen Freiheitsbewegung hat man die Dynamiken der vorhergegangenen Revolutionen analysiert und die Idee der revolutionären Avantgardepartei transformiert. Auch die kurdischen Arbeiter*innenpartei (PKK) in Nordkurdistan oder die Partei der Demokratischen Einheit (PYD) in Rojava sind noch relativ zentralistisch, doch sie versuchen nicht die Gesellschaft zu beherrschen, sondern stoßen Selbstorganisierungsprozesse an.

Wie geht die Umsetzung des Demokratischen Konföderalismus in Rojava mit der kulturellen und religiösen Pluralität in der Region um?

Wird er in erster Linie von Kurd*innen unterstützt?

Es ist nicht so lange her, da ging es der kurdischen Freiheitsbewegung noch vordergründig um Kurdistan. Aber schon als die PKK 1978 gegründet wurde, waren im innersten Kern der Partei neben Kurd*innen auch türkische Linke. Und gerade in den vergangenen Jahren wurde das erweitert: In den Reihen der YPG, der Volksverteidigungseinheiten, und der YPJ, der Fraueneinheiten, kämpfen in Syrien Araber*innen, Turkmen*innen, Tscherkess*innen, Suryoye – diese Liste ließe sich noch eine ganze Weile fortsetzen. Also Menschen mit verschiedenen ethnischen, religiösen, sprachlichen oder kulturellen Zugehörigkeiten und Hintergründen. Genauso ist es in den Syrian Democratic Forces (SDF), einem

Milizen-Bündnis, das für den Kampf gegen Daesh gegründet wurde und von den YPG angeführt wird.

Der Nationalismus ist, wie auch in Europa eines der Hauptprobleme im Nahen Osten. Die Nationalstaaten entstanden in der Region nach dem Ersten Weltkrieg, oft unter Federführung westlicher Besatzungsmächte. Und die nationalstaatlichen Regime haben immer wieder versucht, ethnisch, religiös oder kulturell homogene Staatsvölker zu schaffen. In der Praxis ist das immer wieder im Genozid und in Vertreibung und Assimilierung geendet. Wie in der Türkei mit den Armenier*innen, und dann später den Kurd*innen. Oder auch im Iran oder in den arabischen Staaten, auch dort gab es furchtbare Massaker.

Was in Rojava aufgebaut werden soll ist das Gegenteil einer (kurdischen) Hegemonie, dort wird kein Kurdistan aufgebaut, sondern ein System für alle Identitäten. Auch im Räteystem und in den Schulen wird darauf ein Schwerpunkt gelegt. Trotzdem ist es nicht so dass das vom einen auf den anderen Tag gelingt. Rassismus, Nationalismus und religiöser Fundamentalismus verschwinden nicht, nur weil Revolution ist. Und auch in Rojava gibt es noch Vorurteile und Missgunst vor Allem zwischen dem arabischen und dem kurdischen Teil der Bevölkerung. Aber es gibt auch viele Fortschritte, gerade bei den Jugendlichen, das erlebt man vor Allem im Alltag immer wieder.

Was können progressive Bewegungen in Europa von der Praxis des Demokratischen Konföderalismus lernen?

Rojava zeigt wie wichtig es ist, dass wir uns als Linke als Teil der Gesellschaft begreifen – nicht als Teil des politischen Systems natürlich, aber als Teil der Menschen, die in ihm leben. Und dass wir den Zugang zur Bevölkerung zurückgewinnen müssen und aufhören müssen, ihn uns durch Szenegehabe, durch vermeintliche moralische Überlegenheit, elitäre Sprache, oder Isolation in der Subkultur selbst

zu verbauen. In vielen linken Bewegungen ist das heute bereits Konsens, doch in der Praxis ist es gar nicht so einfach, alte eingespielte Muster zu überwinden. Gerade in der Situation der Staatsfaschisierung und des gesellschaftlichen Rechtsrucks. Und Rojava zeigt: Wenn wir die Menschen für uns und für unsere Ideen gewinnen wollen werden wir einen langen Atem brauchen.

Das Gespräch führte Markus Gönitzer.